



An alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Menschen achten. Gewalt ächten.

Selbstverpflichtung der Stadtverwaltung Ludwigsburg gegen Gewalt und Diskriminierung

I. Grundverständnis

Die Stadtverwaltung Ludwigsburg versteht sich als moderne, service- und kundenorientierte Verwaltung, die täglich mit großem Engagement daran arbeitet, sowohl die Erfüllung ihrer kommunalen Pflichtaufgaben als auch ihr Dienstleistungsangebot bedarfsgerecht, zukunftsorientiert und nachhaltig weiterzuentwickeln.

Sie ist Arbeitgeberin für Mitarbeitende, die eine Vorbildfunktion einnehmen und in ihrem Handeln über ein verantwortungsbewusstes und gesetzeskonformes Verhalten hinausgehen. Sinnstiftendes Handeln und klare, werteorientierte Ziele sollen sowohl nach innen als auch nach außen eine Identifikation mit der Stadt Ludwigsburg fördern – auf allen Ebenen der Verwaltung.

Um dieses Ziel zu erreichen, ist ein gemeinsames Verständnis sowie ein uneingeschränkt wertschätzendes Miteinander unabdingbar. Mitarbeitende der Stadtverwaltung Ludwigsburg sind dazu aufgerufen, den Wertekompass, der das berufliche und private Handeln leitet, aktiv vorzuleben. Denn nur eine authentische Integrität erzeugt bei den Bürgerinnen und Bürgern, bei den Mitarbeitenden und Gemeinderatsmitgliedern das Vertrauen, das erforderlich ist, um einen nachhaltigen, sicheren und lebenswerten Raum für Alle zu gewährleisten.

II. Hintergrund

Die Zahlen zu häuslicher Gewalt nehmen seit Jahren kontinuierlich zu. Häusliche Gewalt umfasst sowohl Partnerschaftsgewalt als auch innerfamiliäre Gewalt und schließt alle Formen körperlicher, psychischer, sexueller sowie ökonomischer Gewalt ein. Diese Entwicklung ist sowohl auf Bundesebene als auch in Ludwigsburg deutlich erkennbar. Besonders betroffen sind Mädchen und Frauen, die überproportional häufig Opfer häuslicher Gewalt werden.

Ein Anstieg digitaler Gewaltformen ist ebenso festzustellen wie die zunehmende Gewaltbereitschaft und -ausübung gegenüber Einsatz-, Hilfs- und Rettungskräften. Vorurteile und stereotype Zuschreibungen führen darüber hinaus dazu, dass Menschen aufgrund bestimmter Merkmale, bspw. Herkunft, Geschlecht, Religion, Behinderung oder sexuelle Orientierung, diskriminiert oder/und Opfer von Gewalttaten werden.

Von Gewalt betroffene Personen leiden nicht nur unter physischen und psychischen Verletzungen, sondern auch unter Angst, Scham, Verzweiflung und dem Verlust von Selbstachtung. Dies kann zu gravierenden gesundheitlichen Langzeitfolgen führen.

Gewalt stellt somit nicht allein eine Bedrohung für die unmittelbar betroffenen Personen dar, sondern gefährdet die Stabilität unserer gesamten Gesellschaft. Außerdem verursacht sie in Unternehmen und Verwaltungen erhebliche wirtschaftliche Schäden und langfristige Ausfälle.

III. Verantwortung und Fürsorge

Die Bundesregierung stellt fest: „Geschlechtsspezifische und häusliche Gewalt, insbesondere gegen Frauen, ist in Deutschland nach wie vor alltägliche Realität und zieht sich durch alle sozialen Schichten.“¹ Laut einer Studie des European Institute for Gender Equality (2021) kostet geschlechtsspezifische Gewalt den deutschen Staat jährlich rund 68 Milliarden Euro.

Gewalthandlungen – gleichgültig ob analog oder digital – im Kontext von Partnerschaften oder familiären Beziehungen können zu langfristigen gesundheitlichen Beeinträchtigungen bis hin zu tödlichen Folgen führen.

Gleiches gilt für Angriffe auf Einsatz-, Hilfs- und Rettungskräfte sowie auf andere, besonders vulnerable Personengruppen, die diskriminiert, beleidigt oder verletzt werden.

Die Erkenntnis, dass eine erhebliche Zahl an Krankmeldungen jährlich auf Gewalt bzw. häusliche Gewalt zurückzuführen sind, führt zu aktivem Gegensteuern der Stadtverwaltung Ludwigsburg. Zum einen, weil Arbeitgeberinnen ihrer Fürsorgepflicht gegenüber ihren Beschäftigten nachkommen müssen; zum anderen, weil die Folgen von Gewalt und häuslicher Gewalt ein dauerhaftes Risiko für die Personalplanung darstellen.

Die Stadtverwaltung Ludwigsburg erkennt sowohl den gesellschaftlichen und ethisch-moralischen Missstand als auch die gravierenden wirtschaftlichen und sozialen Folgen dieser Menschenrechtsverletzungen an.

Die Stadtverwaltung Ludwigsburg ächtet jede Form von Gewalt und Diskriminierung. Mit dieser Selbstverpflichtung verfolgt die Stadt Ludwigsburg das Ziel, Gewalt in ihren Ursachen zu bekämpfen und die zugrunde liegende Haltung derer, die Gewalt ermöglichen, begünstigen oder ausüben, nachhaltig zu korrigieren.

Es gehört zum Selbstverständnis von Ludwigsburg, aktiv gegen jede Form von Gewalthandlungen – insbesondere gegenüber Mädchen und Frauen – vorzugehen.

Mitarbeitende der Stadtverwaltung Ludwigsburg können sich der uneingeschränkten Unterstützung ihrer Arbeitgeberin sicher sein, wenn sie, dieser Selbstverpflichtung folgend, eigene oder fremde Gewaltausübung verhindern, Diskriminierung und Rassismus unterbinden und sich für einen von Toleranz, Respekt und Vielfalt geprägten Arbeits- und Lebensraum einsetzen.

Der vorliegende Wertekompass setzt einen neuen Standard für alle Mitarbeitenden in der Stadtverwaltung Ludwigsburg. Nicht jede Eventualität und Fallkonstellation kann vorhergesehen werden. Daher wenden Sie sich bei eventuell auftretenden Fragestellungen bitte an Ihre Vorgesetzten, die städtischen Beauftragten für Gleichstellung bzw. Inklusion oder Integration oder/und den Personalrat der Stadtverwaltung.

Ludwigsburg, 13. November 2025


Dr. Matthias Knecht

¹ <https://www.bundesregierung.de/breg-de/bundesregierung/gesetzesvorhaben/gewalthilfegesetz-2321756>